Nushası 5 Kruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

	DAHIL İÇIN	HARIÇ İÇIN
Aylık	Türk lirasi 1.50	R. M. 5.—
Üç aylık	„ „ 4.25	„ 13.—
Altı aylık	„ „ 8.—	„ 25.—
Bir senelik	„ „ 15.—	„ 50.—

yahut mükabili.

İdarehane
Tekke Cadesi No. 585 ve 587.
Telgraf adresi: Türkpost.
Telefon: Beyoğlu 209 ve 210.
Posta Kutusu: Galata 269.

Türkische Post

Preis der Einzelnummer: 5 Kruş

BEZUGSPREISE:

	Inland	Ausland
für 1 Monat	T. Pfd. 1.50	R.M. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert

Geschäftsleitung:
Tekke-Strasse Nr. 585-587.
Drahtanschr.: Türkpost.
Fernspr.: Beyoglu 209 u. 210.
Postfach: Galata 269.

5 Jahrgang Nr. 324 — Tageszeitung für den Nahen Osten — Stambul, Dienstag, 25 Nov. 1930

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung Berlin der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Handelskammer in Wien.

ARŞİVİ

Die Mehrheitsverhältnisse des Danziger Volkstages.

Danzig, 21. Nov.

Nachdem nach dem vorläufigen amtlichen Gesamtergebnis der Danziger Volkstagswahlen feststeht, daß die bisherige Regierungskoalition infolge des starken Rechtsdrucks nicht aufrecht zu erhalten sein wird, beschäftigt man sich in der Oeffentlichkeit der Freien Stadt bereits mit den Möglichkeiten einer Regierungsbildung. In den „Danziger Neuesten Nachrichten" wird darüber folgendes ausgeführt: Das Ergebnis der gestrigen Volkstagswahlen zeigt eine Struktur der Stimmenschichtung, die recht interessant ist, und die für den Aufbau der Mehrheitsverhältnisse im Danziger Volkstage und darüber hinaus für die Regierungsbildung bereits einigermaßenAufschluß gibt, wenn sie auch heute diese Fragen noch nicht endgültig beantworten kann. Vorweg ist festzustellen, daß die Nationalsozialisten mit 12 Sitzen ein Sechstel des neuen Volkstages bilden werden. Die Sozialdemokraten hätten bei gleichem Stimmenverhältnis wie 1927 25 Mandate im neuen Volkstag haben müssen. Sie haben mit voraussichtlich 19 Mandaten also einen Verlust von rund 25 v. H. erlitten. Das gleiche Schicksal hat die Deutschnationalen getroffen. In dem Gewinn von 2 800 den das Zentrum verzeichnen kann, ist wohl die fortgeschrittene Stimmenzahl dem Nachwuchs des Zentrums zuzusprechen, sodaß, relativ betrachtet, das Zentrum seinen Bestand behalten hat. In gleicher Weise sind wohl die 446 Stimmen Zuwachs zu deuten, die die Polen gegenüber der Wahl 1927 aufweisen.

Einen Zuwachs von fast 80 vom Hundert haben die Kommunisten zu verzeichnen. Die Gründe hierfür liegen vor allem in der erschreckenden Arbeitslosigkeit und in der traurigenWirtschaftslage. Erhebliche Verluste erlitten die Einzelparteien der bürgerlichen Mitte, die Nationalliberalen z. B. etwa 50 v.H., die Deutsch-Danziger Wirtschaftspartei etwa 25 v. H., die Deutsch-Liberalen ebenfalls rund 50 v. H. Aus der Zusammenstellung der Wahlergebnisse würde sich nach der Wahlparole, unter der der Wahlkampf ausgefochten wurde, nämlich „Bürgerlich oder Marxismus" eine Stimmengruppierung ableiten, die den neuen Volkstag in 26 Marxisten, 32 Bürgerliche, 12 Nationalsozialisten und 2 Polen aufteilt. Hierbei ist offen gelassen das endgültige Bekenntnis der Nationalsozialisten, welche Stellung sie in dieser Konstellation einnehmen werden.Jedenfalls ergibt sich die Tatsache,daß die Erklärung der Nationalsozialisten maßgebend sein wird, wie das Gesicht des neuen Volkstages aussehen wird. Bürgerlich oder radikal, und bei den Nationalsozialisten wird dieVerantwortung für diese Gestaltung und für alle weiteren Entwicklungen, die sich hieraus ergeben, liegen. Das wird sowohl für die Mehrheitsgestaltung im Volkstage wie für das Aussehen der neuen Danziger Regierung zu gelten haben.

Die griechische Ernte durch Feldmäuse gefährdet.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post")

Athen, 24. Nov.

In Thessalien und Makedonien sind die Feldmäuse in verheerenden Massen aufgetreten und wird das Ergebnis der durch Unwetter im Sommer an sich schon verringerten Ernte nunmehr ernstlich bedroht. Die amtlichen Stellen sind mit der Bekämpfung der Feldmäuse beschäftigt und haben die notwendigen Tötungsmittel bestellt und die vorhandenen bereits verteilt. Weniselos selbst interessierte sich sehr für diese Frage und hat die zuständigen Ministerien und Stellen aufgefordert, sofort alle Maßnahmen zu treffen, die zur Ausrottung der Feldmäuse dienen können. Die notwendigen Kredite wurden sofort gewährt.

Ford in Griechenland.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post")

Athen, 24. Nov.

Das griechische Finanzministerium hat das Ansuchen der Ford-Werke um Ueberlassung eines ausgedehnten Terrains zur Errichtung eines großen Ford Depots und Werkstäten abschlägig beschieden.

Der Staatspräsident.

Der Staatspräsident hat an den Ministerpräsidenten aus den Orten, die er auf seiner Reise besuchte, die Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung telegraphisch übermittelt. Darunter befinden sich sehr viele Forderungen auf Hilfeleistung für die Landwirte.

In der gestrigen Ministerratssitzung wurden die notwendigen Maßnahmen besprochen und den zuständigen Stellen zur dringenden Erledigung übergeben.

Samsun, 24. Nov. (A.A.)

Der Staatspräsident fuhr heute nachmittag im Auto nach Tscharschamba, wo er von der Bevölkerung enthusiastisch begrüßt wurde. Er besuchte das Regierungsgebäude, die Stadtverwaltung, die Zentrale der Volkspartei sowie den Türk Odschak und fuhr dann um 18 Uhr wieder nach Samsun zurück. Der Staatspräsident wird morgen nach Bafra fahren. Der Dampfer Ege, mit dem der Staatspräsident zuerst nach Trapezunt und von dort nach Stambul fahren wird, ist heute Mittag in Samsun eingelaufen.

Vom Ministerrat.

In der gestrigen Sitzung des Ministerrats wurde die Antwort der türkischen Regierung an die Dette Publique besprochen. Noch spät am Abend wurde die Antwort an die Dette nach Paris telegraphisch übermittelt.

Aus der türkischen Presse.

In seinem aus Genf geschriebenen Artikel in der *Milliyet* sagt *Mahmut Bej*, daß der Wunsch, den Frieden für die ganze Welt zum Herrscher zu machen,genau so zwecklos sei wie die Hoffnung, daß die europäische Zivilisation irgendwelchen Krieg überstehen könnte. Gerade aus dieser Folgerung heraus seien die Nationen an der Arbeit, um dem Krieg durch einen Weltfrieden vorzubeugen. Die Auffassung der Völker über den Frieden seien sehr verschieden und jedes betrachte den Friedensgedanken aus seinemGesichtspunkt und möchte das Problem dementsprechend gelöst wissen.

Mahmut Bej, der dann zwischen den Verträgen von Sèvres und Lausanne einige Vergleiche zieht, sagt, daß man den Unterschied zwischen Lausanne und Sèvres erst dann vollkommen begreifen könne, wenn man sich die Leiden derjenigen Länder vergegenwärtige, die unter die Diktate von Versailles, Trianon, St. Germain und Neuilly ihre Unterschriften gesetzt haben. Man müsse gesehen haben, wie die logischsten und wichtigsten Vorschläge der Vertreter dieser Länder bei den internationalenKonferenzen gewaltsam abgelehnt werden, um den Unterschied zwischen Sèvres und Lausanne voll zu würdigen. Und wenn es einem dieser Vertreter einfalle von internationalem Recht und Gleichheit zu reden, so bekommen sie immer wieder dieAntwort, daß sie doch den Weltkrieg verloren und die Verträge unterzeichnet hätten, und ein Vorschlag, der den Sinn dieser Verträge abändere, könne nicht zur Diskussion gestellt werden.

In seinem Leitartikel in *Inkilap*, den er „Das Volk leidet!" betitelt, schreibt *Ali Nadschi Bej*, daß die Dienste, die Ismet Pascha in Inönü und Lausanne dem Lande erwiesen habe, immer noch unvergesslich seien, daß es aber trotz allem eine nicht abzuleugnende und ins Auge stechende Tatsache wäre, daß das Land leide. Mit trockenen Worten und Theorien könne kein moderner Staat aufgebaut werden.

Die Opfer der Unwetterkatastrophe.

Berlin, 24. Nov.

Der Orkan, der, wie wir gestern meldeten, über Wien niedergegangen ist, forderte vier Menschenleben. Mehr als 200 Personen wurden verletzt. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

Zusammenkunft zwischen Grandi und Litwinow.

Genf, 24. Nov.

Der italienische AußenministerGrandi weilt in Mailand. Er soll dort mit mit dem russischen Außenminister, Litwinow, der, von Genf nach Mailand abgereist ist eine Besprechung haben, in der Handelsfragen erörtert werden sollen.

Ständige Abrüstungskommission.

Rede Tewfik Rüschdi Bejs.

Genf, 24. November.

Bei der Beratung des Vertragsentwurfs über die Gründung einer ständigen Abrüstungskommission hielt Aussenminister *Tewfik Rüschdi Bej* vor der vorbereitenden Abrüstungskommission eine Rede, in der er den türkischen Standpunkt über dieses Problem erläuterte. Tewfik Rüschdi Bej erklärte:

„Es ist meine Pflicht, bei Beginn der Beratungen des Abschnitt 5 über die Gründung einer ständigen Abrüstungskommission einige wichtige Punkte der Kommission zu unterbreiten. Der Wunsch, dieAbrüstung, mit der wir uns beschäftigen, mitSicherheit festzulegen, ist der Ausdruck einer seelischen Erscheinung, die nur mit Sympathie begrüsst werden kann. *Wenn aber diese Sicherheit von Wirkung sein soll, dann muss die Möglichkeit ihrer Durchführung vorhanden sein.* Es ist richtig, dass die internationalen Abmachungen nur durch die Respektierung der eingegangenen Verpflichtungen bestehen können und dass die moralischen Verpflichtungen der Staaten für die internationalen Beziehungen die Basis darstellen. Ebenso ist auch der Gedanke richtig, dass die uns beschäftigendeAngelegenheit wegen ihrer Eigenart eine besondere Form einer Lösung benötigt. Aus diesem Gedanken heraus wurde für eine gerechte Durchführung der Vertragsbestimmungen die Errichtung einer ständigenKommission in Erwägung gezogen. Kann diese Kommission das von uns angestrebte Ziel erreichen? Das ist ein Punkt, über den man sich unterrichten muss. Die Idee der Errichtung einer Organisation, die damit beauftragt werden soll, Nachrichten zu ermitteln und diese zu zentralisieren, Klagen anzuhören, über Vorfälle Untersuchungen anzustellen und in den Gebieter der den Vertrag unterzeichnenden Ländern eine Kontrolle auszuüben, erscheint uns neu.

Der Inhalt dieser Idee, die mit der Souveränität der Staaten nicht vereinbar ist, gibt uns keine Gewähr dafür, dass bei ihrer Durchführung die Arbeiten der Kommission erfolgreich sein können. Aus diesem Grunde muss, wenn die Arbeiten derKommission erfolgreich sein sollen, über die Bildung der Kommission und über ihre rechtlichen Konzessionen mit Vorsicht und Bedacht gehandelt werden. *Der einzige Erfolg für diese Angelegenheit liegt in der Gleichberechtigung aller Staaten, die ich niemals zu fordern unterlassen habe.*

Die Errichtung einer Kommission, in den nicht alle Delegierten der vertragschliessenden Staaten gleichberechtigt vertreten sind, ist keine Bildung, die sich mit den Ideen der Gerechtigkeit und des Realismus vereinbaren lässt, von denen wir bei unseren Arbeiten geleitet sein sollten und die uns für die von uns gesuchte Sicherheit die beste Gewähr liefert. *Ich bin genötigt zu sagen, dass der in der ersten Lösung besprocheneEntwurf mit dieser Idee nicht übereinstimmt.* In der Tat sieht dieser Entwurf vor, dass die Kommission während der Dauer ihrer Arbeit im Völkerbund lediglich aus den vertragschliessenden Mitgliedern des Völkerbundes, aus den Vertretern Amerikas und Russlands und dann aus durch dieKonferenz bestimmten Vertretern der vertragschliessenden Mächte zusammengesetzt werden soll. *Die im letzten Absatz angeführte Ernennung von Vertretern von Staaten, die Mitglied des Völkerbundes sind, durch die Konferenz, entspricht nicht den gerechtfertigten Wünschen interessierter Staaten.* Wenn nur die Staaten, die Mitglieder des Völkerbundes sind, in der Kommission vertreten sein können, können die Staaten, die nicht Mitglied des Völkerbundes sind, für die Arbeiten dieser Kommission nicht verantwortlich gemacht werden. Wie wird die Lage dieser Staaten, deren Zahl beschränkt ist, gegenüber dieser Kommission sein? Und wie werden ihre Beziehungen zur Kommission geregelt? Werden sie abseits den Rechten und der Verantwortlichkeiten, die im Vertrag erwähnt sind, stehen? Oder wird die Annahme richtig sein, daß sie, ohne die Rechte zu besitzen, die die anderen Staaten erhalten, Verpflichtungen auf sich nehmen?

Die türkische Delegation wird trotz ihres aufrichtigen Wunsches um Verwirklichung dieses großen Werkes keine der im Vertrag aufgeführten Verpflichtungen annehmen, solange sie nicht die Gewißheit hat, daß sie Gleichberechtigung mit den am meisten begünstigten Staaten für ihr Land erhält.

Doch Aufrollung der Gold- und Tributfrage.

London, 20. November.

Starke Einflüsse in Berlin und London und in geringerem Grade auch in New York werden wahrscheinlicherweise, wie der diplomatische Korrespondent des „Observer" meldet, dazu führen, dass etwa ein Dutzend Staaten ohne weitere längere Verzögerung die notwendigen Schritte zu einer Aufrollung der Frage der Goldpolitik ergreifen werden. Es sei ein offenes Geheimnis, dass seit einigen Monaten eine diplomatische Bewegung in dieser Hinsicht im Gange sei. Wenn man darüber der Oeffentlichkeit bisher noch wenig gesagt habe, so läge dies daran, dass man sich noch nicht über die Methoden klar geworden sei. Insbesondere sei noch nicht entschieden, ob sie durch eine internationale Konferenz geregelt werden solle. Jedoch hätten die letzten Ereignisse dazu beigetragen, die Bewegung zu beschleunigen.

Ueber die Vorgeschichte sagt der „Observer", daß zunächst der Youngplan, die BIZ und der Goldbericht des Völkerbundes das Material geliefert hätten. Es seien dann die Erklärungen Dr. Wirths nach den Wahlen, die Aeusserungen Dr. Brünings am 16. Oktober, die Schritte Schachts in London und New York, sowie endlich die Rede des Lord d'Abernons, am vergangenen Freitag erfolgt. Obwohl der Youngplan erst im vergangenen Mai in Kraft getreten sei, hätten sich die finanziellen Berater derGläubigermächte doch schon mit den technischen Fragen eines Zahlungsaufschubs beschäftigen müssen. Diese seien aber nur ein Teil des Problems. Hinter den Kulissen fänden durch Diplomaten, Politiker, Finanziers und Wirtschaftler Untersuchungen über die bestehende Verschachtelung der Schuldenfrage statt. Sie seien mit dem Kampfe von zwei Zentralbanken um das Gold eingeleitet worden, woraus sich dieErhöhung des Goldpreises, die Senkung derWarenpreise und die automatisch daraus erwachsende Vermehrung der Last der Schulden, insofern sie in Waren zu zahlen seien, ergeben habe. Der Teil des Youngplanes, der sich mit der Errichtung der BIZ befasse, gebe gewisse Anweisungen in dieser Angelegenheit. Sie seien aber bisher nicht befolgt worden. Das Gleiche gelte vom Goldbericht des Völkerbundes. Wirksame Schritte könnten nur auf internationalen Wege ergriffen werden.

Rußland dementiert Aufstandsnachrichten.

Berlin, 24. Nov.

Die Sowjetregierung dementiert die in letzter Zeit an verschiedenen Orten aufgetauchten Nachrichten über Unruhen im Lande. Die Unterbrechungen im Telephonverkehr Berlin—Moskau seien auf atmosphärische Störungen zurückzuführen. Die Eisenbahnen verkehrten planmäßig und alle Nachrichten,daß auf verschiedenen Strecken durch Unruhen der Eisenbahnverkehr stockte, seien unrichtig.

Kommunistenverhaftungen in Athen.

Athen, 24. Nov. (A.A.)

Trotz des Verbotes des Polizeipräsidiums Demonstrationen abzuhalten veranstalteten die Kommunisten heute eine große Manifestation. Die Polizei verhaftete mehr als 350 Personen.

Aus Deutschland.

—o—

Eine Polenrede Brauns in Königsberg.

Berlin, 24. Nov.

Der preußische Ministerpräsident Braun hielt anläßlich der Grundsteinlegung der Handelshochschule in Königsberg eine Ansprache, in der er den polnischen Terror den deutschen Minderheiten gegenüber zur Sprache brachte.

Bethlen auf der Rückreise.

Berlin, 24. Nov.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat heute Abend Berlin verlassen.

Berlin, 22. November.

Der „ewige" ungarische Ministerpräsident Graf Stephan Bethlen ist am Sonnabend mit seiner Gemahlin in Berlin eingetroffen. Wir heissen ihn als Vertreter eines Volkes, mit dem uns eine aus dem gemeinsamen Leid des Schicksals geborene Freundschaft verbindet, so herzlich willkommen, wie man nur einen Freund willkommen heißen kann. Und ein Freund des Deutschen Reiches ist Graf Bethlen immer gewesen.

Bethlen, der ein Nachfolger jenes grossen siebenbürgischen Fürsten Gabor Bethlen ist, der als Mitglied der protestantischen Koalition im Kampf gegen die katholischen Habsburger eine führende Rolle spielte, wurde in Wien erzogen und hier mit der deutschen Kultur vertraut, der seither seine Wertschätzung und Liebe gilt. Seit dem Jahre 1901 steht der heute 56 jährige im öffentlichen Leben. Als liberaler Abgeordneter zog er zuerst in das ungarische Parlament ein, schied aber nach einem Streit mit dem Grafen Albert Appony aus der Partei aus und schloss sich 1905 der Unabhängigkeitspartei an, als deren Vertreter er 1910 neuerdings in das Abgeordnetenhaus gewählt wurde. Im Kriege unterstützte er die Politik des weitschauenden Grafen Tisza. Der rote Graf Karolyi vertrieb ihn. Als Bela Kun seine Schreckensherrschaft aufrichtete, wurde Bethlen Mitglied der gegenrevolutionären Regierung in Szeged. Nach dem Zusammenbruch des Räteregimes und der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse zog Graf Bethlen als Vertreter der Kleinlandwirtepartei in die Nationalversammlung ein. Am 14. April 1921 wurde er Nachfolger des Ministerpräsidenten Teleki, der unter den Nachwirkungen des versuchten Staatsstreiches König Karls mit seinem Kabinett zurücktreten musste. Seitdem führt Bethlen alle ungarischen Regierungen. Er hat einen ebenso beschwerlichen, wie erfolgreichen Weg hinter sich. Seine erste Arbeit war die Konsolidierung der inneren Verhältnisse. Durch Stillegung der Notenpresse und Schaffung der ungarischen Nationalbank unter Bindung an das englische Pfund gelang ihm die Stabilisierung der ungarischen Währung. Nach der Aufdeckung der Frankenfälschungen des Prinzen Windisch-Grätz legte er sein Amt nieder, wurde aber mit der Weiterfuhrung der Regierungsgeschäfte beauftragt. Die darauf folgenden Neuwahlen brachten seiner Partei etwa 85 v. H. aller Stimmen ein. Zur Zeit der siebenten Jahreswende seiner Ernennung zum Ministerpräsidenten trat er zum ersten Mal öffentlich mit der Forderung nach der Revision des Vertrages von Trianon auf. In der Minderheitenpolitik hat er sich immer auf den Standpunkt gestellt, dass Ungarn die nichtmagyarischen Volksgruppen ebenso behandeln müsse, wie es wünsche, dass seine Volkssplitter im Ausland behandelt werden.

Seither hat er den Ruf nach der Revision der Verträge nie verklingen lassen und mit meisterhaftem Geschick verstanden, Freunde für seine Politik zu werben. Er selbst wurde durch die neue Grenzziehung empfindlich getroffen. Der grösste Teil seines in Siebenbürgen liegenden Besitzes wurde enteignet. Vor dem Kriege hat er mehrere Male in literarischen Arbeiten seiner Bewunderung für Deutschland Ausdruck gegeben. In seiner Studie „Die Bodenkäufe der Rumänen in Ungarn" u. a. forderte er, die Bodenpolitik Ungarns nach preussischem Muster einzurichten.

Die Young-Revision.

—o—

Wie stellt sich das Ausland zur Revisionsbewegung? - Die Verflechtung der Gläubiger- und Schuldnerstaaten. - Moratorium oder Revision?

Eines der bemerkenswerten Kennzeichen der letzten Zeit ist die Tatsache, dass in der Welt eine Art von Revisionsbewegung wirklich eingesetzt hat. Es hiesse diese Bewegung überschätzen, wenn man ihr einen akuten Charakter beilegen würde, es hieße sie unterschätzen, wenn wenn man sie nicht als einen sehr bestimmenden nud naturnotwendig sich ergebenden Ausfluß der Weltwirtschaftskrise bezeichnen würde. Akut ist diese Bewegung deshalb nicht, weil die offizielle Politik der an diesem Problem interessierten Länder sich mit dieser Frage entweder noch nicht beschäftigt, oder ihre Aufrollung als gegen die Interessen bestimmter Nationen gerichtet kurzerhand ablehnt. Von grosser Bedeutung ist die Bewegung deshalb, weil sie sich auf Gesetze stützt, deren Gestaltung weniger in die Hand von Menschen gelegt ist, als in den Gang eines wirtschaftlichen Entwicklungsprozesses, der sich Bahn bricht, gleichgültig, ob hier politische Interessen verletzt werden.

Die zahlreichen Stimmen, die in der letzten Zeit aus dem Ausland nach Deutschland zugunsten einer Revision des Reparationsproblems dringen, sind also letzten Endes die Bekundung von Erkenntnissen, weniger Persönlichkeiten, die Sachverständige des wirtschaftlichen Prozesses sind, und aus ihrer ureigenen Materie heraus zu Folgerungen kommen, die nichts mit Politik, aber nur mit Wirtschaft und ihren das Weltgebäude überspannenden Gesetzen zu tun hat. Die Revisionsbewegung ist also keine irgendwie das deutsche Schicksal und die deutsche Zukunft berührende Sonderangelegenheit, sie ist eine Sache der Welt, denn sie berührt alle. Deutschlands Rolle in dieser Revisionsbewegung ist also vom Gesichtspunkt der gesamten Weltwirtschaft aus gesehen sekundär. Dies ein Umstand, der für die deutschen Forderungen gültig ist, da eben diese von einem deutschen Interesse bedingten Ansprüche gleichzeitig auch die Forderungen einer Allgemeinheit sind. Wenn in Amerika die Auseinandersetzung über die Revisionsmöglichkeit — abgesehen von Deutschland selbstverständlich— am stärksten ist, so will dies nur heissen, dass in dem Lande der Schlüsselstellung des Reparationsproblems auch die Sorge um die eigene wirtschaftliche Zukunft am grössten sein muss. Der bekannte englische Wirtschaftsfachmann Lord Melchett hat einmal geschrieben, es sei sehr gut denkbar, dass einmal der Zeitpunkt eintreten könne, an dem die Gläubiger die Annahme von Reparationszahlungen verweigern müssten. Denn es sei unter gewissen Umständen für ein Land zweckmäßiger, auf die Schuldenzahlungen eines fremden Landes zu verzichten, als einem Verlust an investiertem Kapital mit dauernder Arbeitslosigkeit gegenüberzustehen, einer Arbeitslosigkeit, die als natürliche Folge der Annahme grosser Quantitäten ausländischer Waren als Reparationsleistungen eintreten müsse. Diese Ansicht Melchetts entsprach natürlich einem spezifisch englischen Interesse, aber es lässt sich nicht abstreiten, daß sie in einem übertragenen Sinne auch für die Dinge in Amerika Geltung haben muß. Wenn Deutschland auf die Dauer gezwungen ist, seine jährliche Milliardenleistung abzuführen, dann wird es dieser Verpflichtung nur nachkommen können, wenn es seiner Wirtschaft gelingt, den Wert ihres Exports auf die gleiche Höhe seiner Reparationsverpflichtungen zu steigern. Eine solche Exportsteigerung bedeutet die Eroberung von Absatzmärkten, gleichzeitig auch die Verdrängung anderer nationaler Wirtschaftskörper aus diesen Absatzmärkten. Da dies eine Entwicklung auf weite Sicht ist, so berührt sie heute noch nicht die Interessen dieser Wirt-